

Abdruck  
27./II. 1919

a  
27  
15

### Das Ergebnis der Steuer- enquete.

Wie vorauszusehen war, wurde ein positives Resultat durch die Steuerenquete für die Steuerträger nicht erzielt. Es ist nicht zu leugnen, daß die Praxis eine wesentliche Milderung aufweist. Das Grundübel, nämlich die ungeschlichen Zahlungsaufträge, besteht noch immer zurecht, und es ist keine Aussicht vorhanden, daß in absehbarer Zeit eine Erledigung der Berufungen erfolgt. Es ist wohl richtig, daß das Exekutionsamt, das von Herrn Hofrat Pawlitz mit besonderem Verständnis stets geleitet wurde, die erforderliche Rücksicht wahren läßt, und man kann einräumen, daß kein Petent mit einem Stundungsgeſuch grundlos abgelehnt wurde. Aber sowohl die Einräumung der Stundung als auch das humane Vorgehen des Exekutionsamtes sind bloß Palliativmittel. Abgesehen davon, halten wir es nicht für einen Fortschritt, wenn die genaue Prüfung der anlässlich der Enquete vorgebrachten konkreten Fälle versprochen wurde. Was geschieht mit den anderen Fällen, die zufällig einem Teilnehmer der Steuerenquete nicht zugänglich gemacht wurden? Sollte wieder die im alten Oesterreich beobachtete Erscheinung zutage treten, daß nur derjenige mit seiner Sache durchdringt, der es versteht, sich an die Oberfläche zu drängen?

Das Staatsamt für Finanzen hat ausdrücklich erklärt, daß es keine Steuergerichte wünscht. Die Begründung ist es schuldig geblieben. Und doch ist es sehr merkwürdig, daß gerade die Vertreter des Staates eine unfasbare Schen vor der Oeffentlichkeit in Steuerſachen bekunden. Man sollte meinen, daß der Steuerträger die Oeffentlichkeit meiden wollte, wenn man ihm zumutet, daß er den Staat um die Steuer betrügen will. Gerade der Umstand, daß der Steuerträger sich bemüht, seine Beschwerden vor ein Forum zu bringen, dessen Gründlichkeit und Objektivität durch die Mündlichkeit und Oeffentlichkeit des Verfahrens gewährleistet erscheint, beweist, auf welcher Seite für die gerechte Sache gekämpft wird. Der Staat sollte sich nicht gegen die Steuergerichte wehren, weil er sich sonst leicht dem Vorwurf aussetzt, daß er Grund hat, im geheimen Verfahren dem Bürger die Steuer zu diktiert. Es muß nicht immer das richtig sein, was bis jetzt bestand. Wir gehen einer neuen Zeit entgegen. Die Bürger werden einen großen Teil ihres Einkommens und ihres Vermögens abgeben müssen, damit die Wunden des Krieges geheilt werden. Die Steuerfrage wird eine der wichtigsten Lebensfragen der Bürger und des Staates werden. Es muß daher unbedingt eine Reform kommen, die jede Willkür auf beiden Seiten der Steuer-

organe und jeden Betrug auf beiden Seiten der Steuerträger ausschließt. So ein Zustand kann wenigstens annähernd dann erreicht werden, wenn das mündliche kontradiktorische und öffentliche Verfahren eingeführt wird.